

Information des ÖBVP

zur 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (SchuMaV)
(Diese Verordnung tritt mit **15. November 2021** in Kraft und
mit Ablauf des **24. November 2021** außer Kraft.)

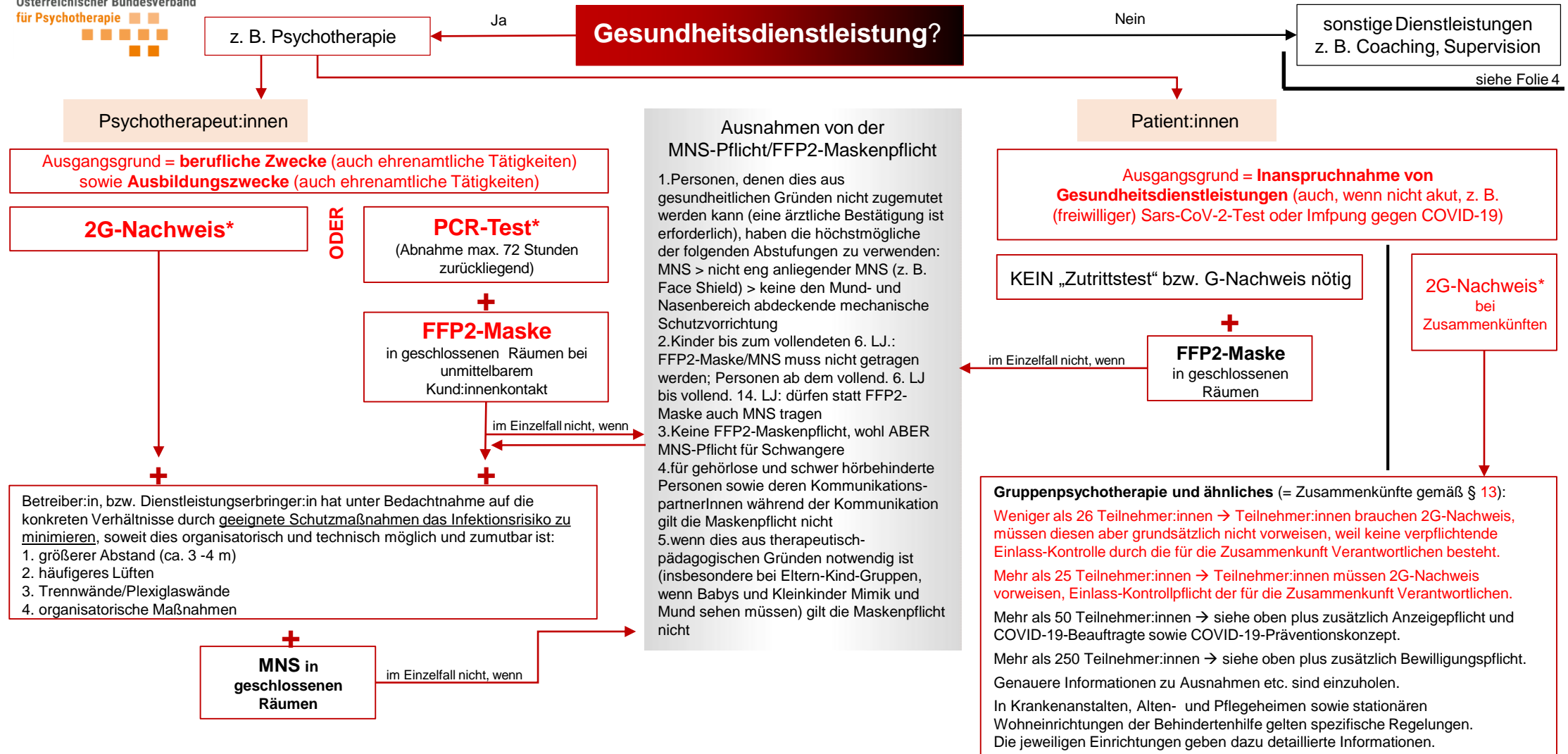
Der ÖBVP weist darauf hin, dass während der anhaltenden Corona-Pandemie Psychotherapie auch via elektronischer Medien ausgeübt werden kann. Solange die COVID-Pandemie-Bedrohung anhält, wird die sogenannte Telepsychotherapie weiterhin von der Sozialversicherung als Psychotherapie zur Abrechnung akzeptiert.

Achtung: regionale (zusätzliche) Regelungen je Bundesland/Region z. B. ersichtlich unter <https://corona-ampel.gv.at/aktuelle-massnahmen/>
z. B.: Gültigkeit PCR-Test für Arbeitsort: 72 Stunden (bundesweit) oder 48 Stunden (Wien) usw.

Die Angaben in diesen Folien geben lediglich die zum Zeitpunkt der Erstellung gültige Rechtslage wieder und dienen nur der Information, können jedoch eine eingehende Prüfung der Rechtsgrundlagen in der jeweils geltenden Fassung nicht ersetzen. Sämtliche Informationen sollen nur der Orientierung der psychotherapeutischen Berufsgruppe dienen. Auf Regelungen zu anderen Berufsgruppen sowie zu anderen Lebensbereichen kann in diesem Rahmen nicht eingegangen werden.

Die tatsächliche Umsetzung der hier dargebotenen Inhalte schützt nicht automatisch vor (rechtlichen) Konsequenzen. Vielmehr haben Psychotherapeut:innen im jeweiligen, sie allenfalls betreffenden, Einzelfall wie auch im Allgemeinen die Verpflichtung, sich über die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und über institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für die psychotherapeutische Tätigkeit im Gesamtzusammenhang des Gesundheitswesens und der psychosozialen Einrichtungen kundig zu machen und informiert zu halten (siehe auch Berufskodex Kapitel 2, Unterpunkt 5).

Der ÖBVP behält sich Änderungen und Korrekturen vor. Jedwede Haftung für die hier dargebotenen Inhalte ist ausgeschlossen. Diese Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist nicht rechtsverbindlich. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Zurverfügungstellung und Verbreitung sowie der Übersetzung für andere Zwecke als für jene des ÖBVP sowie seiner Mitglieder, vorbehalten.



* Statt 2G-Nachweis gilt auch die 1. Teilimpfung in Kombination mit einem negativen PCR-Test (Abnahme max. 72 Stunden zurückliegend). Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen von Mitarbeiter:innen und Betreiber:innen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn a) mindestens 48 Stunden Symptombfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und b) auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere auf Grund eines CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.

Als Nachweis über eine geringe epidemiologische Gefahr im Sinne dieser Verordnung gilt ein:

1. „1G-Nachweis“:

Nachweis über eine mit einem zentral zugelassenen Impfstoff gegen COVID-19 erfolgte

- a) Zweitimpfung, wobei diese nicht länger als 360 Tage zurückliegen darf und zwischen der Erst- und Zweitimpfung mindestens 14 Tage verstrichen sein müssen,
- b) Impfung ab dem 22. Tag nach der Impfung bei Impfstoffen, bei denen nur eine Impfung vorgesehen ist, wobei diese nicht länger als 270 Tage zurückliegen darf,
- c) Impfung, sofern mindestens 21 Tage vor der Impfung ein positiver molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 bzw. vor der Impfung ein Nachweis über neutralisierende Antikörper vorlag, wobei die Impfung nicht länger als 360 Tage zurückliegen darf, oder
- d) weitere Impfung, wobei diese nicht länger als 360 Tage zurückliegen darf und zwischen dieser und einer Impfung im Sinne der
 - aa) lit. a oder c mindestens 120 Tage oder
 - bb) lit. b mindestens 14 Tage verstrichen sein müssen; **

2. „2G-Nachweis“:

Nachweis gemäß Z 1 („1G-Nachweis“) oder ein

- a) Genesungsnachweis über eine in den letzten 180 Tagen überstandene Infektion mit SARS-CoV-2 oder eine ärztliche Bestätigung über eine in den letzten 180 Tagen überstandene Infektion mit SARS-CoV-2, die molekularbiologisch bestätigt wurde, oder
- b) Absonderungsbescheid, wenn dieser für eine in den letzten 180 Tagen vor der vorgesehenen Testung nachweislich mit SARS-CoV-2 infizierte Person ausgestellt wurde;

Die Verpflichtung zur Vorlage eines 2G-Nachweises und die Beschränkungen für Personen, die über keinen 2G-Nachweis verfügen, gelten nicht für Personen, die einen Nachweis über eine Erstimpfung mit einem zentral zugelassenen Impfstoff gegen COVID-19 und einen Nachweis einer befugten Stelle über ein negatives Ergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 72 Stunden zurückliegen darf, vorweisen.

3. „2,5G-Nachweis“:

Nachweis gemäß Z 1 („1G-Nachweis“) oder Z 2 („2G-Nachweis“) oder ein Nachweis einer befugten Stelle über ein negatives Ergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 72 Stunden zurückliegen darf;

4. „3G-Nachweis“:

Nachweis gemäß Z 1 („1G-Nachweis“) oder Z 2 („2G-Nachweis“) oder Z 3 („2,5G-Nachweis“) oder ein Nachweis einer befugten Stelle über ein negatives Ergebnis eines Antigentests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 24 Stunden zurückliegen darf.

Ein Nachweis gemäß § 4 Z 1 der COVID-19-Schulverordnung 2021/22 (C-SchVO 2021/22), BGBl. II Nr. 374/2021, (Corona-Testpass) ist im Hinblick auf Personen, die der allgemeinen Schulpflicht gemäß Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. I Nr. 76/1985, unterliegen, einem 2G-Nachweis gleichgestellt. Dies gilt in der Woche, in der die Testintervalle gemäß § 19 Abs. 1 C-SchVO 2021/2022 eingehalten werden, auch am Freitag, Samstag und Sonntag dieser Woche.
 „Ninja-Pass“ ist also 2G-Nachweis gleichgestellt bzgl. gemäß Schulpflicht G 1985 schulpflichtige Personen (also in der Regel auf Personen im Alter bis 14 oder 15 Jahre).

** Für Personen, die zwar die 1. Dosis, aber noch nicht die 2. Dosis der Corona-Schutzimpfung erhalten haben, gilt der Impfnachweis über die 1. Dosis zusammen mit einem gültigen PCR-Test (72 Stunden) als gültiger 2-G-Nachweis. Eine Abbildung im Grünen Pass ist nicht möglich.

Gesundheitsdienstleistung?

Nein

sonstige Dienstleistungen
z. B. Coaching, Supervision

Dienstleistungen

3G-Nachweis
für Arbeitnehmer:innen,
Inhaber:innen und
Betreiber:innen

FFP2-Maskenpflicht für Kund:innen
Zu den Ausnahmen von der
FFP2-Maskenpflicht siehe
Folie 2 in der Mitte.

Als **körpernahe Dienstleistungen** gelten jene Dienstleistungen, die regelmäßig mit einem längeren physischen Kontakt verbunden sind. Dazu zählen insbesondere jene Methoden, die zwangsläufig mit einem „Berühren des Körpers“ einhergehen. Nach Maßgabe der beschriebenen Definition einer körpernahen Dienstleistung, wird jedoch eine individuelle Beurteilung empfohlen, bezogen auf die konkrete Methodenanwendung, ob das Dienstleistungsangebot auch eine „körpernahe Dienstleistung“ umfasst.

Erbringer:innen **mobiler Pflege- und Betreuungsdienstleistungen** dürfen auswärtige Arbeitsstellen nur betreten, wenn sie einen 2G-Nachweis vorweisen und in geschlossenen Räumen bei Kundenkontakt eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen. Kann ein 2G-Nachweis nicht vorgewiesen werden, ist ein Nachweis einer befugten Stelle über ein negatives Ergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 72 Stunden zurückliegen darf, vorzuweisen und bei unmittelbarem Kundenkontakt eine Maske zu tragen.

körpernahe
Dienstleistungen

3G-Nachweis für Arbeitnehmer:innen,
Inhaber:innen und Betreiber:innen
mit unmittelbarem Kund:innenkontakt

Für Kund:innen ist ein „2G-Nachweis“ erforderlich – somit entfällt die FFP2-Maskenpflicht.
Kund:in hat diesen Nachweis für die Dauer des Aufenthalts bereitzuhalten. Speisen und Getränke dürfen konsumiert werden.
Achtung: für medizinische körpernahe Dienstleistungen gilt 2G-Nachweis und MNS-Pflicht.

+

Grundsätzlich sind alle Personen zur Kontrolle der Nachweise berechtigt, die bei sonstiger verwaltungsbehördlicher Strafbarkeit dafür Sorge zu tragen haben, dass in ihrem Einflussbereich die jeweils geltenden Beschränkungen eingehalten werden. Daher sind auch Arbeitgeber:innen, Veranstalter:innen etc. dazu berechtigt, die Nachweise der Mitarbeiter:innen, Kund:innen etc. zu kontrollieren. Es gilt Registrierungspflicht. Können Kontaktdaten aus berechtigten Gründen der Anonymität nicht erhoben werden, sind geeignete Alternativmaßnahmen zu setzen (beispielsweise durch Decknamen, Codes etc.).

In Bezug auf Schulungen, Kurse udgl. sind genauere Informationen einzuholen.